

LUXEMBOURG IN  
**TRANSITION**

VISIONS TERRITORIALES POUR LE FUTUR  
DÉCARBONÉ ET RÉSILIENT D'UN  
ESPACE TRANSFRONTALIER



**BIERGERKOMMITEE  
LËTZEBUERG 2050  
UNSERE EMPFEHLUNGEN  
AN DIE POLITIK**

AUF DEM WEG ZU EINEM  
KLIMANEUTRALEN TERRITORIUM

## Inhalt

|  |    |
|--|----|
| <u>Vorwort von Claude Turmes, Minister für Energie und Raumentwicklung</u> ..... | 3  |
| <u>Das Biergerkomitee Lëtzebuerg 2050: Auftrag und Arbeitsweise</u> .....        | 4  |
| <u>Leitlinien für den Wandel</u> .....   | 6  |
| <u>Stärken und Schwächen des Landes auf dem Weg zur Klimaneutralität</u> .....   | 8  |
| <u>44 Empfehlungen für ein klimaneutrales Territorium</u> .....                  | 13 |
| <u>Wie es weiter geht: Aktive Einbeziehung der BürgerInnen!</u> .....            | 16 |



LE GOUVERNEMENT  
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG  
Ministère de l'Énergie et de  
l'Aménagement du territoire

Herausgeber: Ministerium für Energie und Raumentwicklung, Abteilung für Raumentwicklung  
Inhalt und Text: Biergerkomitee Lëtzebuerg 2050  
Koordination und Redaktion: Stoldt Associés

Luxemburg, 2022

[www.luxembourgtransition.lu](http://www.luxembourgtransition.lu)



## VORWORT

Im Juni 2020 startete die internationale städtebaulich-architektonische und landschaftliche Konsultation „Luxembourg in Transition“ (LIT) mit dem Ziel, Szenarien zu entwickeln, wie die Landesplanung dazu beitragen kann, Luxemburg bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Von Beginn an war für mich klar, dass dies nicht ohne die Einbeziehung der Bürger erfolgen sollte.

Aus diesem Grund hatte ich beschlossen, das *Biergerkomitee Lëtzebuerg 2050 (BK2050)* einzuberufen. Parallel zu den drei Ausschüssen der Konsultation war es die Aufgabe der 30 Bürger, die von den LIT-Teams vorgeschlagenen Szenarien offen zu diskutieren, eigene Ansichten einzubringen und eigene Empfehlungen auszuarbeiten. Diese werden dann bei der Ausarbeitung des neuen Raumordnungsprogramms (PDAT) berücksichtigt.

Wenn wir über die Zukunft unseres Landes sprechen, müssen wir Frauen und Männern aller Altersgruppen, die in unserem Land leben oder arbeiten, die Möglichkeit geben, zu diesen Themen Stellung zu nehmen und ihre Meinung zu äußern.

Das *BK2050* war der Startschuss auf dem Weg zu einer aktiven Bürgerbeteiligung in Luxemburg. Mein Wunsch war es, dass das *BK2050* während des gesamten Prozesses zu einem echten Laboratorium der partizipativen und ko-kreativen Demokratie wird. Ein Labor, in dem jedes Mitglied, frei von politischen Zwängen und in völliger Unabhängigkeit, die Rolle der Landesplanung beim Klimaschutz diskutieren und konkrete Lösungsvorschläge ausarbeiten konnte. Nur so können wir dem Klimawandel und seinen unbestreitbaren Auswirkungen auf Luxemburg und auf seine natürlichen Ressourcen entgegenwirken.

Die auf den folgenden Seiten wiedergegebenen Empfehlungen beweisen, dass das Ziel des *BK2050*, autonom und

unparteiisch zu arbeiten, erreicht wurde: Diese Empfehlungen spiegeln eine Vielfalt von Vorschlägen wider, für die sich die Bürger selbst engagiert haben.

Ein herzliches Dankeschön an alle Mitglieder des *BK2050* für ihre Hingabe und ihr Engagement während des gesamten Konsultationsprozesses!

Mein Dank gilt auch Jürgen Stoldt und seinem Team, die die gesamte Arbeit des *BK2050* mit Begeisterung moderiert und betreut haben.

Das *BK2050* wurde von einem wissenschaftlichen Ausschuss begleitet, der die Dynamik dieses außergewöhnlichen Bürgerprozesses verfolgt und analysiert hat. Mein herzliches Dankeschön geht auch an die Mitglieder dieser Begleitgruppe.

Die vom *BK2050* gewonnenen Erkenntnisse werden in meine Überlegungen und in die Überlegungen der Abteilung für Raumplanung einfließen, um in Zukunft einen dauerhaften Bürgerkonsultationsprozess bei der Landesplanung einzuführen.

Die wertvollen Erfahrungen aus dem *BK2050* werden darüberhinaus in den neu geschaffenen *Klima-Biergerrot (KBR)* mit einfließen, der im Rahmen der luxemburgischen Klimapolitik eingerichtet wurde.

**Claude Turmes**  
Minister für Energie und Raumentwicklung  
Januar 2022

# DAS BIERGERKOMMITEE LÛTZEBUERG 2050 : AUFTRAG UND ARBEITSWEISE

Von Januar 2021 bis Januar 2022 arbeiteten 30 BürgerInnen im Auftrag des Ministeriums für Energie und Raumentwicklung an Empfehlungen, wie sich das „grenzüberschreitende, funktionale Territorium Luxemburgs“ entwickeln muss, um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Auf den folgenden Seiten finden sich die wichtigsten Informationen über den Ablauf dieser Bürgerbeteiligung und die Ergebnisse, zu denen das *Biergerkomitee Lëtzebuerg 2050* bei seiner Arbeit gekommen ist.

## Der Rahmen: Luxembourg in Transition

Das *Biergerkomitee* war ein Teil der Initiative *Luxembourg in Transition (LIT)*. Dabei handelt es sich um ein umfangreiches Projekt zur Entwicklung landes- und stadtplanerischer, architektonischer, wirtschaftlicher und ökologischer Szenarien. Im Kern steht die Frage, wie sich das Territorium Luxemburgs und die Grenzregionen entwickeln können, um bis 2050 CO<sub>2</sub>-Neutralität zu erreichen. LIT wurde im September 2020 gestartet und Ende Januar 2022 abgeschlossen. An der Konsultation waren anfangs zehn, dann sechs und schließlich vier nationale und internationale Expertenteams beteiligt, die sich aus ArchitektInnen, UrbanistInnen, LandschaftsplanerInnen und SozialwissenschaftlerInnen zusammensetzten.

Die Erkenntnisse und vorgeschlagenen Strategien aus dieser Experten-Konsultation werden Impulse geben u.a. für die Ausarbeitung des neuen *Programme directeur d'aménagement du territoire (PDAT)*. Alle Ergebnisse der verschiedenen LIT-Teams finden sich unter: <https://luxembourgtransition.lu>

Parallel zu den Experten sollten im Rahmen von *Luxembourg in Transition* auch BürgerInnen zu Wort kommen, um die landes- und stadtplanerischen Zukunftsvisionen mit der Lebenswelt der direkt betroffenen BürgerInnen zu konfrontieren: Dazu wurde das *Biergerkomitee Lëtzebuerg 2050* ins Leben gerufen.

## Aufgabe des Biergerkomitees

Das *Biergerkomitee Lëtzebuerg 2050* hatte die Aufgabe

- den verschiedenen Expertenteams von Luxembourg in Transition während der Ausarbeitungsphase für Diskussionen zur Verfügung zu stehen;
- ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie Luxemburg sich bis 2050 aufstellen sollte, um Klimaneutralität zu erreichen;
- Empfehlungen an die Politik zu formulieren, wie das Territorium bis 2050 organisiert sein muss, damit Luxemburg klimaneutral wird.

## Auftraggeber

Der Auftraggeber der Bürgerbeteiligung war das *Ministerium für Energie und Raumentwicklung*, Abteilung für Raumentwicklung (*Département de l'aménagement du territoire, DATer*). Das Ministerium hat zu keinem Zeitpunkt auf den Ablauf des Prozesses eingewirkt und sich darauf beschränkt, die Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Der Minister für Energie und Raumentwicklung Claude Turmes hatte jedoch drei Gelegenheiten sich mit den TeilnehmerInnen auszutauschen: zur Begrüßung, zu Beginn der Workshop-Phase und kurz vor Abschluss des Prozesses.

## Zusammensetzung

Die TeilnehmerInnen wurden vom Marktforschungsinstitut *TNS Ilres* ausgewählt. Die Zusammensetzung der Gruppe sollte bestmöglich die soziale, sprachliche und berufliche Diversität des Landes widerspiegeln. 5 der ursprünglich 30 TeilnehmerInnen sollten darüberhinaus Grenzgänger aus Belgien, Frankreich oder Deutschland sein. Keine/r der TeilnehmerInnen sollte parteipolitisch engagiert sein.

In der Tagespresse wurde ein Aufruf veröffentlicht und TNS Ilres kontaktierte zusätzlich etwa 1000 Personen aus seiner eigenen Datenbank. Rund 250 Personen meldeten daraufhin ihr Interesse an. Aus diesem Kreis stellte TNS Ilres dann die Gruppe zusammen, die aufgrund ihrer Altersstruktur, beruflichem Hintergrund, Herkunft, Geschlecht usw. die Diversität des Landes und seiner Bevölkerung bestmöglich repräsentierte.

## Sprachen

Die TeilnehmerInnen mussten die drei offiziellen Landessprachen (LU/FR/DE) passiv beherrschen. In den Diskussionen konnte jede/r die Sprache wählen, die ihr/ihm am besten lag. So konnte weitgehend auf Übersetzungen verzichtet werden.

## Ein anspruchsvolles und zeitintensives Programm

Die TeilnehmerInnen verfolgten im ersten Halbjahr 2021 zwölf Konferenzen mit über 25 nationalen und internationalen ExpertInnen. Bei diesen digitalen Konferenzen mit anschließender Diskussion informierte sich die Gruppe über die Herausforderungen, mit denen Luxemburg und seine Grenzregionen im Zuge des Klimawandels konfrontiert sind.

In einer zweiten Phase wurden ab Juli 2021 die Informationen reflektiert, analysiert und geordnet. Während insgesamt sieben Arbeitssitzungen wurden die unterschiedlichen Positionen diskutiert und Schlüsse gezogen. Die Redaktion der Ergebnisse geschah in einem bis zum Schluss offenen Prozess, der den TeilnehmerInnen Zeit ließ, ihre Meinung zu finden. Obwohl es nicht Ziel des Prozesses war, Konsens in allen Punkten zu erreichen, ist es der Gruppe gelungen, zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen.

Über Online-Umfragen konnten die TeilnehmerInnen die Abläufe bewerten und organisatorische oder inhaltliche Fragen klären. Eine interne Kommunikationsplattform, auf der sich die Gruppe auch austauschen konnte, versammelte Dokumente, Videomitschnitte und Informationen an einem Ort.

## Konferenzen

Im ersten Halbjahr 2021 wurden zwölf digitale Konferenzen organisiert (sie sind unter [www.luxembourgtransition.lu/evenements](http://www.luxembourgtransition.lu/evenements) aufgezeichnet). Folgende Personen haben mit ihrer Expertise beigetragen:

- François Gemenne, Universität Lüttich und Ko-Autor des GIEC
- André Weidenhaupt, Ministerium für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung
- Marie-Josée Vidal, Ministerium für Energie und Raumentwicklung
- Lex Faber, Stadt- und Raumplaner
- Christine Müller, Architektin und Stadtplanerin
- Denis Scuto, Historiker, Universität Luxemburg
- Andrew Ferrone, Klimatologe und Leiter des meteorologischen Dienstes des Landwirtschaftsministeriums
- Guy Schumann, Hydrologe und Experte für Überschwemmungen
- Laurent Pfister, Hydrologe und Forscher am LIST
- Claude Felten, Agraringenieur und Lehrer an der Ackerbauschule, Präsident der IBLA
- Georges Moes, Agraringenieur und Projektleiter bei natur&environment
- Frank Wolff, Biologe und stellvertretender Direktor der Natur- und Forstverwaltung
- Philippe Gerber und Guillaume Drevon, Mobilitätsforscher am LISER
- Markus Hesse, Professor für Stadtgeographie an der Universität Luxemburg
- Julien Licheron, Forscher am LISER und Präsident des Observatoire de l'habitat
- Gilles Hempel, Direktor der Agence immobilière sociale
- Nico Steinmetz, Architekt
- Hans Kollhoff, Architekt und Professor em. an der ETH Zürich
- Tom Haas und Olivier Thunus, Ökonomen bei Statec
- Martina Holbach, Projektleiterin bei Greenpeace
- Claire de Boursetty, Direktorin der Luxembourg Sustainable Finance Initiative
- Estelle Evrard, Geographin und Forscherin an der Universität Luxemburg
- Antoine Decoville, Geograph und Forscher am LISER

## Abbrüche

Von 30 Personen, die im Januar mit der gemeinsamen Arbeit begonnen hatten, sind sechs während des Prozesses vorzeitig abgesprungen. Drei davon nannten die hohe zeitliche Belastung bzw. andere Verpflichtungen als Grund. Drei Personen zeigten sich enttäuscht vom Konzept (geringer Mehrwert der Konferenzen, Sorge vor einer politischen Instrumentalisierung, Unzufriedenheit mit den sich abzeichnenden Ergebnissen,...)

## Einbettung in den politischen Prozess

Die Empfehlungen des *Biergerkomitees* geben dem Ministerium für Energie und Raumentwicklung Impulse für die Ausarbeitung des neuen *Programme directeur d'aménagement du territoire (PDAT)*. Der PDAT ist das Dokument, in dem die Regierung die großen landesplanerischen Ziele und Leitlinien definiert und beschreibt, wie sie sich die mittelfristige Entwicklung des Territoriums vorstellt.

## Konzeption und Moderation

Das Büro *Stoldt Associés* (mit Jürgen Stoldt, Milena Stoldt, Bob Wetzel und Françoise Lavabre-Bertrand) war vom Ministerium für Energie und Raumentwicklung mit der Leitung und mehrsprachigen Moderation des *Biergerkomitees* beauftragt.

## Supervision und wissenschaftliche Begleitung

Das Moderatoren-Team wurde von einer Supervisionsgruppe begleitet, die die Professionalität der Umsetzung zusätzlich kontrollierte:

- Anne-Sophie Federspiel, Politologin und politische Beraterin, Berlin und Luxemburg
- Dr. Léonie de Jonge, Assistenz-Professorin für Politik an der Universität Groningen
- Dr. Raphaël Kies, Politikwissenschaftler an der Universität Luxemburg
- Tommy Klein, Markt- und Meinungsforscher, Luxemburg
- Peter Opitz, Experte für Organisationsentwicklung, Zürich und Luxemburg

Die Universität Luxemburg und die Universität Groningen haben eine Evaluation des Prozesses angekündigt.

## Ergebnisse

Es stellte sich schnell heraus, dass die Gruppe die an sie gestellte Frage breit angehen würde. So wurden die Voraussetzungen für eine klimagerechte Politik nicht nur mit Blick auf die Landesplanung diskutiert, sondern auch im allgemeinen Zusammenhang der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Die Ergebnisse wurden in drei Dokumenten zusammengefasst:

- Situationsanalyse Luxemburgs (Stärken und Schwächen des Landes auf dem Weg zur Klimaneutralität),
- Leitlinien und Prinzipien für eine Politik der Transition,
- Empfehlungen mit einem Fokus auf Landesplanung.

Diese Aufteilung wurde von der überwältigenden Mehrheit der TeilnehmerInnen gutgeheißen und bis zum Schluss beibehalten. Der Gruppe gelang es, die zum Teil sehr divergierenden Positionen im Laufe der Diskussionen anzunähern und in allen Punkten einen Konsens oder zumindest Kompromisslösungen zu finden.



# LEITLINIEN FÜR DEN WANDEL

## NEUN THESEN FÜR EINE ERFOLGREICHE POLITIK DER TRANSITION



Jede Politik braucht Leitlinien, an denen sie ihr Handeln ausrichtet. Die Mitglieder des Biergerkomitees schlagen folgende neun Prinzipien vor als Grundlage für Klimapolitik und Raumentwicklung.

# 1

### **Klimaschutzmaßnahmen sind demokratisch legitimiert und müssen nachvollziehbar sein.**

Um die bislang noch weitgehend abstrakten Klimaschutzziele mit Leben zu füllen, wird die Regierung in den nächsten Jahren eine Vielzahl von einschneidenden Maßnahmen einleiten und das Parlament entsprechende Gesetze verabschieden. Diese Klimaschutzmaßnahmen müssen über eine robuste demokratische Legitimation verfügen und von einer großen Mehrheit der Gesellschaft getragen werden. Durch eine transparente Information und geeignete Instrumente wie etwa „Bürgerräte“ muss die Bevölkerung aktiv in die Lösungssuche eingebunden werden.

# 2

### **Individuelle Freiheit und gesellschaftliche Verantwortung.**

Wir sind uns einig, dass die Freiheit des Individuums ein enorm kostbares Gut ist und für unsere demokratische Gesellschaftsform einen zentralen Wert darstellt. Anreize sollen deswegen auch in der Klimapolitik immer Vorrang haben vor Verboten und wenn möglich sollen den Bürger\*Innen immer mehrere Handlungsoptionen zur Verfügung stehen. Doch Freiheit muss sich in einem Rahmen ausdrücken, der die Interessen der künftigen Generationen und der Menschen im globalen Süden nicht schädigt. Die individuelle Freiheit endet dort, wo sie die Freiheit anderer einschränkt. Deswegen ist ein unnötig hoher ökologischer Fußabdruck kein Ausdruck von persönlicher Freiheit, sondern von Verantwortungslosigkeit.

# 3

### **Klimaschutzmaßnahmen können nicht allein auf Freiwilligkeit setzen.**

Eine Klimapolitik, die die Verantwortung auf die Individuen und ihr Verhalten abdrückt, ist unrealistisch und unredlich. Freiwillige Genügsamkeit oder individueller Verzicht können unter den derzeitigen Lebens- und Arbeitsbedingungen nur eine Minderheit in der Gesellschaft ansprechen. Die meisten Menschen werden noch lange versuchen, an ihrem gewohnten Lebensstil festzuhalten inklusive Ernährungsgewohnheiten, Urlaub, Konsum und Mobilitätsworlieben. Wenn es um ihre Gewinnspanne geht, werden auch Unternehmen nicht freiwillig auf Vorteile verzichten.

# 4

### **Klimaschutzmaßnahmen müssen als gerecht empfunden werden.**

Nimmt man die Abkommen von Paris und Glasgow und die Voraussagen der Wissenschaft im Hinblick auf den Klimawandel ernst, sind jedoch einschneidende Maßnahmen in den nächsten Jahren unumgänglich. Die Menschen werden diese Veränderungen nur akzeptieren, wenn sie den Weg dahin verstehen und als gerecht empfinden – d.h. wenn alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen betroffen sind. Wenn etwa die ärmeren Teile der Bevölkerung den Eindruck erhalten, dass sie die „Verlierer“ dieser Politik sind und die Reichen sich auf einfache Weise rauskaufen können, oder wenn Stadtbewohner durch die Mobilitätspolitik gegenüber jenen bevorzugt werden, die in weniger dicht besiedelten Landesteilen leben, wird es Widerstand geben und die Maßnahmen werden sich nur schwer durchsetzen lassen.

## 5 Klimaschutzmaßnahmen müssen auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgen.

Das „Best case scenario“ des IPCC ist nicht das wahrscheinlichste Szenario für die Entwicklung des Weltklimas. Die Vorschläge zur Eindämmung des Klimawandels, die von Politik, Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft vorgebracht werden, dürfen sich auch in Luxemburg nicht an den optimistischsten Szenarien orientieren, sondern müssen die Verhinderung der „Worst case“-Szenarien im Blick haben. Dazu verlangt die Wissenschaft einen radikalen Umbau vieler Lebens- und Wirtschaftsbereiche. Parallel (nicht als Ersatz!) muss massiv in Zukunftstechnologien investiert werden, die zusätzliche Antworten auf verschiedene Aspekte der Klimaherausforderung liefern könnten.

## 6 Klimapolitik muss mit einer positiven Botschaft verbunden werden.

Der Abschied aus dem fossilen Zeitalter wird nicht nur Entbehrungen bringen, sondern auch ganz neue Möglichkeiten schaffen: technologische und wirtschaftliche, aber insbesondere auch gesellschaftliche und individuelle. Öffentliche Gesundheit und persönliches Wohlbefinden werden von einem weniger ressourcenintensiven und konsumorientierten Lebensstil profitieren.

## 7 Die Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftssystems müssen angepasst werden.

Auch Aspekte unseres Wirtschaftssystems müssen auf den Prüfstand. Öffentliche Güter wie Atmosphäre, Wasser, Luft, Biodiversität und Boden müssen endlich vor wirtschaftlicher Verwertung und Ausbeutung geschützt werden oder in Form von Steuern, Abgaben und Anreizen in die Bilanzen der Unternehmen und der Landwirtschaftsbetriebe miteinfließen. Alternativen zu unserem ressourcenintensiven Wirtschaftsmodell müssen dringend diskutiert, entwickelt und umgesetzt werden, auf nationaler und europäischer Ebene.

Damit unsere Demokratie Antworten auf die Klimaherausforderung finden kann, muss sie vor dem überwältigenden Einfluss kurzfristiger Wirtschaftsinteressen geschützt werden.

## 8 Internationale Kooperation hat Vorrang vor nationalstaatlichem Interesse.

Der weltweite Kampf gegen den Klimawandel kann nur erfolgreich sein, wenn auch kleine Nationalstaaten wie Luxemburg ihre heutigen Interessen zurückstellen. Sowohl im regionalen (grenzüberschreitenden) als auch im europäischen und globalen Rahmen müssen faire und gerechte Lösungen gefunden werden.



## 9 Nicht die CO<sub>2</sub>-Bilanz, sondern der ökologische Fußabdruck ist entscheidend.

Die Gefahr besteht ganz konkret, dass Luxemburg die Auflagen der Pariser und Glasgower Abkommen erfüllt, ohne einen tatsächlichen Beitrag zur Abwehr der Klimakatastrophe zu leisten. Buchhalterisch würde es dafür genügen, den einheimischen Energieverbrauch komplett auf importierten, elektrischen Strom umzustellen, da die Stromproduktion im Ausland der CO<sub>2</sub>-Bilanz des Landes nicht angerechnet wird. Genauso wenig werden die CO<sub>2</sub>-Emissionen angerechnet, die im Ausland bei der Produktion all jener Güter entstehen, die nach Luxemburg importiert und hier konsumiert werden.

Um seinen Teil der Verantwortung zu tragen, muss Luxemburg sich deshalb auch auf die Reduktion seines enorm hohen ökologischen Fußabdrucks konzentrieren und die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Importe mitberücksichtigen.

# LUXEMBURG: STÄRKEN UND SCHWÄCHEN DES LANDES AUF DEM WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT

Um zu Empfehlungen zu gelangen, hat das *Biergerkomitee Lëtzebuerg 2050* zuerst eine Analyse der spezifischen Situation Luxemburgs unternommen. Welches sind aus heutiger Perspektive die Stärken, welches die Schwächen, wo bestehen Herausforderungen und wo Möglichkeiten für das Territorium Luxemburgs auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2050?

## STÄRKEN

### 1 Relativ günstige klimatische Bedingungen, Wald- und Wasserreserven

Die in Zukunft ungünstigeren aber immer noch ausreichenden Niederschlagsmengen in unserer Region sind Grundlage einer im Prinzip reichen Biodiversität und bieten relativ gute Ausgangsbedingungen für Klimaanpassungen. Ein Drittel des Landes ist von Wald bedeckt. Ein weiteres Viertel des Territoriums machen Weiden und Wiesen aus. Diese Flächen können als Kohlenstoffsenken dienen und haben, wenn sie nachhaltig genutzt würden, ein hohes Naturraumpotential.

### 2 Überschaubare Größe des Landes

Die überschaubare Größe des Landes erlaubt im Prinzip eine einfachere Datenerhebung und Wirkungsanalyse von Klimaschutzmaßnahmen und wenn nötig eine schnelle Anpassung an das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Umfeld.

### 3 Eigenstaatlichkeit

Die Eigenstaatlichkeit und das damit einhergehende größere Maß an Souveränität erlauben es, angepasste Entscheidungen für die spezifische Situation des Territoriums zu treffen. Von der Eigenstaatlichkeit Luxemburgs kann auch die unmittelbare Grenzregion profitieren.



Ondina

*« Afin que la vie sur notre terre ne devienne pas éphémère, protégeons-là ! »*



### 4 Finanzieller Spielraum der öffentlichen Hand

Die zurzeit vergleichsweise komfortable finanzielle Situation von Staat und Gemeinden kann es bei richtig gesetzten Prioritäten erlauben, den bevorstehenden Wandel zu finanzieren und sozial verträglich zu gestalten.

### 5 Gesundheitssystem und Sozialstaat

Gesundheitsinfrastruktur und soziales Netz sind in Luxemburg vorbildlich ausgebaut. Diese Vorteile gilt es, unbedingt zu erhalten und nachhaltig zu gestalten.

### 6 Mehrsprachigkeit und kulturelle Diversität

Die hohe kulturelle und sprachliche Diversität im Land vereinfacht die Übernahme von Ideen und Techniken aus unterschiedlichen Kulturräumen. Die Kompetenzen ausländischer ExpertInnen können ohne große Schwierigkeiten genutzt werden.

### 7 Zentralität

Die Lage des Landes im dynamischsten Teil Westeuropas (in einem Radius von 300 Kilometern liegen die Häfen des Ärmelkanals, das Ruhrgebiet, Frankfurt, Paris und Zürich sowie die Transitrouten nach Norditalien) bringt Ideen, Menschen, Kapital und Waren nach und über Luxemburg.



# SCHWÄCHEN



## 1 Verpasste Umstellung der Landwirtschaft und schlechter Erhaltungszustand von Fauna und Flora

Beim Aufbau einer zukunftsorientierten, nachhaltigen und klimabewussten Landwirtschaft, die biosystemische Gleichgewichte fördert und nicht zerstört, kommt die luxemburgische Landwirtschaftspolitik kaum voran. Insbesondere die für den Export produzierende Milch- und Fleischwirtschaft, die weitgehend von Nährstoffimporten (Soja) abhängig ist, steht für eine CO<sub>2</sub> und Methan-intensive Fehlentwicklung. Im Land bleibt am Ende des „Produktionsprozesses“ nur Gülle und Geld (oftmals in Form von Schulden für die landwirtschaftlichen Betriebe).

Die konventionelle, auf Pestizideinsatz basierende Landwirtschaft ist neben Urbanisierung und Landschaftsverbrauch der Haupttreiber für die rasante Verarmung der biologischen Vielfalt. Zweifelhafte Kompensationsmaßnahmen und ein ungenügender Naturschutz (etwa in Natura 2000 Gebieten) können die Entwicklung nicht aufhalten.

## 2 Flächendruck, Zersiedelung und Zerschneidung der Landschaft

Auch wenn Luxemburg von oben sehr grün aussieht, ist es doch ein extrem fragmentiertes und zersiedeltes Territorium. Bevölkerungswachstum und die steigenden Quadratmeteransprüche beim Wohnraum, die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten und die dem Wachstum geschuldeten Infrastrukturmaßnahmen führen zu einem im europäischen Vergleich enormen Flächenverbrauch. Wertvolles Agrarland und notwendige Überschwemmungsgebiete werden überbaut. Zurzeit gibt es keine Anzeichen, dass sich das Tempo der Bodenversiegelung (zurzeit bei 0,5 Hektar pro Tag in Luxemburg) verlangsamen würde, um – wie von der EU-Kommission angestrebt – bis 2050 auf Null zu sinken.



Eliane

*„Ich werde das Gefühl nicht los, dass es bereits zu spät ist! Mit dem Schnecken-Tempo, das die meisten Staaten an den Tag legen, um etwas für Klimaschutz zu unternehmen und zu verändern, habe ich große Zweifel, dass das gelingen kann.“*

## 3 Unausgewogene Raumstruktur

Die Raumstruktur des Landes hat sich ungünstig entwickelt: Die Arbeitsplätze sind im Zentrum und Süden des Landes konzentriert. Die Dörfer und kleineren Gemeinden in der Peripherie haben sich zu Schlafgemeinden entwickelt ohne eigene Funktionen und Angebote. Im grenznahen Umland wohnen die Arbeitskräfte, die in der freien Wirtschaft beschäftigt sind, da bezahlbarer Wohnraum und Sozialwohnungen im Lande selber kaum angeboten werden. Eine zu hohe Dichte an Einkaufszentren blutet die Innenstädte und Dorfzentren aus. Das Auto ist selbst für die Nahversorgung praktisch unverzichtbar.

## 4 Öffentlicher Transport und sanfte Mobilität

Im Norden, Osten und Westen des Landes ist der öffentliche Transport nicht genügend ausgebaut, um eine Alternative für das Privatauto zu bieten. Auch sanfte Mobilitätsformen haben immer noch keine Priorität im öffentlichen (Verkehrs-) Raum bzw. sind schlichtweg nicht vorgesehen (etwa Fahrrad- und Fußwege zwischen den Dörfern).

## 5 Abhängigkeit von Energieimporten

Luxemburg produziert nur einen sehr geringen Teil des im Lande verbrauchten elektrischen Stroms. Zurzeit wird Atomstrom aus Frankreich (für die Industrie) und in hohem Maße auf Kohle- und Gasverfeuerung basierender Strom aus Deutschland importiert. Bei einer weiteren Elektrifizierung des Transport-, Heizungs- und Industriesektors wird die Abhängigkeit von Stromimporten immer weiter wachsen. Diese Stromimporte werden dem Land zwar nicht in seiner CO<sub>2</sub>-Bilanz angerechnet, sie sind aber in keiner Weise CO<sub>2</sub>-neutral.

## 6 Finanzierung und Subventionierung der fossilen Wirtschaft und Abhängigkeit vom Tanktourismus

Als zweitgrößter Fondsstandort der Welt trägt Luxemburg bedeutend zur Finanzierung der fossilen Wirtschaft bei. Auch die Abhängigkeit der Steuereinnahmen vom Tanktourismus führt zu einem unverhältnismäßigen Gewicht der Erdölwirtschaft auf die nationale (Klima-)Politik.

## 7 Wohlstand

Selbst wenn man den Konsum der Grenzgänger und Tanktouristen abzieht, ist der ökologische Fußabdruck des Landes enorm groß und entspricht Wohlstandinseln wie Hamburg, München oder London. Das hohe Konsumniveau der meisten Haushalte wird es schwer machen, in den nächsten Jahren die CO<sub>2</sub>-Bilanz des Landes zu reduzieren.

## 8 Übertroffene Bedeutung des Konsums für die individuelle Lebensgestaltung

Die jahrzehntelange Ausrichtung der Bevölkerung auf die Bedeutung von materiellem Konsum für die persönliche Lebenserfüllung behindert das Aufkommen alternativer, bescheidenerer Lebensstile. Konsum wird von vielen Menschen mittlerweile als wichtigste Form der Freizeitgestaltung und als identitätsstiftend begriffen.



Frankie

« Il est indispensable que chaque citoyen, à son échelle, prenne conscience de l'importance et de l'urgence d'éliminer autant de CO<sub>2</sub> qu'il n'en produit. »

**9 Mangel an gesellschaftlicher Dynamik für die Transition**

Die Personen, die eine Transition hin zu einem resilienteren und klimabewussteren Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell aktiv unterstützen, sind noch zu wenige, um eine starke Dynamik zu entfalten.

**10 Soziale Polarisierung**

Das enorme Wirtschaftswachstum der letzten Jahre mit seinen Auswirkungen insbes. auf den Wohnungsmarkt hat in Luxemburg zu einer sozialen Polarisierung geführt. Eine adäquate Antwort auf die Gerechtigkeitsfrage wird jedoch die wichtigste Vorbedingung sein für die gesellschaftliche Akzeptanz der meisten Klimaschutzmaßnahmen.

**11 Mangelndes Bewusstsein im Hinblick auf den Ernst der Lage**

Viele Menschen im Land haben nur eine vage Vorstellung von den auf uns zukommenden Klimaveränderungen. Andere glauben, dass sie durch Mülltrennung, Einkauf von Biolebensmitteln und den Kauf eines Elektroautos schon ihren Teil zur Lösung beigetragen haben. Schließlich versucht ein bedeutender Teil der Bevölkerung die Problematik zu verdrängen.

**12 Prokrastination und Verdrängung auf politischer Ebene**

Das gesamte institutionelle Setting des Landes ist auf den Schutz des Privateigentums ausgerichtet. Es ist fast unvermeidbar, dass Berufspolitiker sich danach ausrichten und trotz der Dringlichkeit der Lage den Moment des Handelns vor sich herschieben.

**13 Unvollständige und irreführende Informationen**

Die Informationen, die Regierung, Verwaltung und Forschungseinrichtungen der Öffentlichkeit und den Medien über die Dringlichkeit, Sinnhaftigkeit und Effizienz der Maßnahmen gegen Klimawandel und Biodiversitätsverlust anbieten, sind oftmals irreführend, unvollständig oder schwer verständlich.

**GEFAHREN**



**1 Massiver Druck auf Natur und Biodiversität**

Viele einheimische Vogelarten sind in Luxemburg vom Aussterben bedroht. Der Zustand vieler Habitats (insbesondere Offenland und Wasserläufe) ist besorgniserregend. Hauptverursacher dieser rapiden Verschlechterung sind die Anbaumethoden der intensiven Landwirtschaft sowie die Urbanisierung und die fortschreitende Fragmentierung des Landes.

**2 Zerstörung der gewachsenen Landschaft und der traditionellen Architektur**

Der Wachstumspfad der luxemburgischen Wirtschaft und der damit einhergehende demographische Druck droht zu einer weiteren Zersiedelung und zur ästhetischen Verschandelung der Landschaft zu führen: seelenlose Investorenarchitektur anstelle der

historischen Dorfarchitektur, mehrstöckige Appartementshäuser anstelle der bestehenden Reihenhäuser, Verschwinden von traditionellen Landschaftselementen wie „Bongerten“ und Dorfgärten. Die Identifikation der Bevölkerung mit dem gebauten und natürlichen Erbe und damit der Respekt vor deren Wert riskiert abzunehmen oder kann gar nicht erst entstehen. Bauwerke und Landschaften werden am Ende nur noch unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Verwertbarkeit betrachtet.

**3 Gentrifizierung des Landes**

Die politische Weigerung vieler Gemeinden, Sozialwohnungen bereitzustellen, die Entwicklung der Boden- und Immobilienpreise und das faktische Unvermögen bzw. der Unwillen aller Akteure im Wohnungsbau, mehr als 3000 bis 4000 Wohnungen im Jahr zu bauen (bei einem Bedarf von rund 6000), riskiert, zu

einer landesweiten Gentrifizierung zu führen. Weniger wohlhabende Familien ziehen vom Zentrum in die Peripherie des Landes. Leute, die noch am Traum vom freistehenden Einfamilienhaus hängen, ziehen über die Landesgrenze. Nicht nur die Hauptstadt, sondern das gesamte Land verliert an sozialer Diversität und entwickelt sich zu einer Insel der Reichen, Wohlhabenden und Erben.

#### 4 Die übermäßige Orientierung der luxemburgischen Wirtschaft auf den Finanzplatz

Die stark ausgeprägte Orientierung der luxemburgischen Wirtschaft auf den Finanzsektor führt dazu, dass Luxemburg nachhaltigere Aktivitätsfelder mit regionaler Verankerung vernachlässigt. Die Fachkräfte für die derzeitige Orientierung müssen vollumfänglich im Ausland angeworben werden und verursachen zusätzlichen Druck auf den Wohnungsmarkt. Mit dem Hinweis auf die notwendige Finanzierung des nationalen Pensionssystems werden andere, womöglich nachhaltigere Entwicklungspfade ausgeschlossen.

#### 5 Mangelnde Zusammenarbeit und Zusammenhalt in der Grenzregion

Die Kooperation mit den unmittelbaren Grenzregionen, die direkt von den Entwicklungen und Entscheidungen in Luxemburg abhängig sind, ist immer noch unzureichend und einseitig auf die Interessen Luxemburgs ausgerichtet. Diese Situation birgt insbesondere in Krisenzeiten großes Konfliktpotential, da die Menschen sich diesseits und jenseits der Grenzen nicht als Schicksalsgemeinschaft betrachten.

#### 6 Zunahme sozialer Polarisierung

Die sozialen Unterschiede nehmen zu. Auf der einen Seite stehen Menschen, die nicht erwerbstätig sind oder im Niedriglohnbereich arbeiten und die vornehmlich an die Peripherie oder ins Ausland ziehen, auf der anderen Seite jene, die im Hochlohnbereich (Finanzen, Unternehmensrecht, öffentlicher Dienst) beschäftigt sind und die mehrheitlich im Zentrum bzw. innerhalb der Landesgrenzen wohnen. Diese Polarisierung drückt sich wie oben beschrieben räumlich aus und führt zu objektiven Interessengegensätzen.



Sue

*„Luxemburg braucht eine engagierte Bevölkerung! Nur wenn alle das Bewusstsein erlangen, dass unser ‚business-as-usual‘ nicht zukunftsfähig ist, wird es meiner Meinung nach zu individuellen Veränderungen im Alltagsleben kommen.“*



Michèle

*„Luxemburg hat aktuell die Möglichkeit durch seine Stärken wie politische Stabilität und relativen Wohlstand die Transition sozial gerecht und fair zu gestalten.“*

*Diese Transition ist jedoch nur möglich, wenn die nationalen Entscheidungsträger schnell konkrete und langfristige Maßnahmen ergreifen.“*

#### 7 Sinkende Glaubwürdigkeit demokratischer Beschlussfassung

Die durch das nationale Wahlgesetz stark eingeschränkte politische Integration großer Teile der Bevölkerung (GrenzgängerInnen, AusländerInnen, Jugendliche) führt zu einer Schwächung der repräsentativen Demokratie. Partizipative und direkte Demokratieansätze werden nicht genügend genutzt, um die Menschen in den politischen Prozess einzubinden.

#### 8 Mangel an Berichterstattung und Information

Die Medien scheinen teilweise überfordert zu sein mit der Bereitstellung einer verständlichen, konstruktiven und ehrlichen Berichterstattung über die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels. Es gibt heute schon Anzeichen dafür, dass die Bevölkerung angesichts der Komplexität der Probleme überfordert und zusehends desorientiert ist und eine skeptische Grundhaltung im Hinblick auf Lösungsstrategien annimmt.



Sandra

*„Es ist schön als Grenzgängerin an einem solchen Projekt teilnehmen zu dürfen, da wir auch direkt von vielen Entscheidungen in Luxemburg betroffen sind. Die Zusammenarbeit untereinander war bereichernd und respektvoll, sodass wir zu einem Ergebnis kommen konnten, das jeder von uns vertreten kann.“*

## 1 Schutz der natürlichen Ressourcen und Förderung der Biodiversität

Durch eine hohe Gewichtung des Naturschutzes und insbesondere über eine konsequente Neuausrichtung der Landwirtschaft könnte sich Luxemburg doch noch als einer der ökologischen Vorreiter in Europa positionieren. Die Lebensqualität der Bevölkerung und die Attraktivität des Landes für ausländische ArbeitnehmerInnen und TouristInnen würden steigen, die für die Zukunft unverzichtbaren Trinkwasserreserven würden sich stabilisieren und der Naturraum könnte sich regenerieren.

## 2 Eine klimaneutralere Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik

Der effizienteste Weg zu einer klimaneutraleren Ernährung in Luxemburg wäre die Förderung einer Diät, die mehr und mehr auf Fleisch- und Milchprodukte verzichtet und regionalen und saisonalen Produkten den Vorzug gibt. Voraussetzung wäre allerdings eine klare Umorientierung der luxemburgischen Landwirtschaft zu einer flächen- und bodenbasierten Tierhaltung und zu Produkten, die im Lande selber konsumiert werden. Auf diesem Wege ließe sich auch die praktisch vollständige Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten ansatzweise verringern.

## 3 Nachhaltiges Bauen und neues Wohnen

Durch ressourcenschonende Stein- und Holzbauweisen und durch die Erhaltung von wertvollem Baubestand ließe sich die Nutzungsdauer von Gebäuden wieder auf Zeitspannen von über hundert Jahren steigern und die CO<sub>2</sub>-Emissionen und der ökologische Fußabdruck der Bauwirtschaft massiv senken. Die Kreislaufwirtschaft darf nicht als Vorwand missbraucht werden, um Gebäude mit geringer Lebensdauer zu errichten. Auch das Experimentieren mit neuen Bau- und Wohnformen (Containerhäuser, Tiny-Houses, Gemeinschaftswohnungen usw.) bietet Chancen.

## 4 Verstärkte Zusammenarbeit in der Grenzregion

Eine strategische und proaktive Zusammenarbeit mit den Kommunen auf der anderen Seite der Grenze könnte großes Entwicklungspotential freisetzen. Dazu müsste die luxemburgische Seite endlich anerkennen, dass sie eine Mitverantwortung trägt für die ökologische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung dieser Regionen und für die Menschen, die dort wohnen und zum überwiegenden Teil in Luxemburg arbeiten.

## 5 Ein resilienteres Wirtschaftsmodell

Die luxemburgische Wirtschaft ist in hohem Maße abhängig vom Kapitalzufluss aus dem Ausland und von Entwicklungen, die sie nicht kontrolliert. Um in Krisenzeiten zu bestehen, könnte Luxemburg in Zukunft mehr auf die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe setzen und die lokale Wirtschaft stärken. Ein Netzwerk an ökologisch ausgerichteten Kleinbetrieben und Kooperativen bietet den Grundpfeiler für ein nachhaltiges und weniger krisenanfälliges Wirtschaftsmodell.

## 6 Die Finanzierung der energetischen Transition

Die konsequente Ausrichtung des luxemburgischen Finanzplatzes auf nachhaltige und klimaneutrale Investitionen bei konsequenter Verhinderung von Greenwashing könnte Luxemburg eine prominente Rolle bei der Finanzierung der nach-fossilen Wirtschaft geben.

## 7 Stärkere politische Partizipation

Die enormen Herausforderungen der kommenden Jahre und die politischen Debatten, die im Zuge der Klimapolitik notwendig sein werden, sind ein Anlass für vielfältiges politisches Engagement. Gerade die Stadt- und Landesplanung braucht die Beteiligung der gesamten Bevölkerung, um die Weichen für ein klimaneutrales Territorium zu stellen.

## 8 Veränderte Ziele des Bildungssystems

Das luxemburgische Bildungssystem könnte Ressourcenverbrauch und globale Ungerechtigkeiten stärker thematisieren, um schon bei Kindern das Bewusstsein für Zusammenhänge und Folgen des Klimawandels zu fördern. Diese Bildungsziele müssten natürlich auch im Schulalltag (z.B. auf dem Schulweg und in der Kantine) und von den Erwachsenen gelebt werden.



# 44 EMPFEHLUNGEN FÜR EIN KLIMANEUTRALES TERRITORIUM

Die hier aufgeführten Empfehlungen sind jene, die dem *Biergerkomitee Lëtzebuerg 2050* besonders wichtig und dringend erscheinen, um die Weichen zu stellen für ein klimaneutrales Territorium bis 2050.

Die MitgliederInnen sind sich jedoch sehr bewusst, dass sie keine ExpertInnen in den verschiedenen Fachgebieten sind und dass sie nicht alle Aspekte der Problematik behandeln konnten. Die Liste der Empfehlungen ist deswegen notwendigerweise unvollständig und ausbaufähig.

Vor diesem Hintergrund wünscht sich das *Biergerkomitee* dringend ein von Experten ausgearbeitetes Gesamtkonzept, das einen realistischen Weg aufzeigt, wie die national und international gesetzten Klimaziele zu erreichen wären – ein Konzept,

- das mit der Gesellschaft und den betroffenen Stakeholder auf Augenhöhe diskutiert werden muss,
- das vom Parlament in breiter Mehrheit in Gesetze gegossen wird
- und das von Regierung und zuständigen Ministerien und Verwaltungen unverzüglich umgesetzt wird.



Yolande

*„De Biergerkomitee war eng immens léierräich a positiv Erfahrung. Esou vill ënnerschiddlech Charakteren, esou vill intressant Usiichten, esou vill divers Meenungen. Ma eenheetlech eens ware mir eis, datt ELO muss gehandelt ginn, fir de Klimawandel ze bremsen.“*



## Gouvernance

- 1 Die Zeit für Pilotprojekte und Sonntagsreden ist abgelaufen. Regierung, Abgeordnete, Schöffenräte, Parteien und Verwaltungen müssen sich der Dringlichkeit der Klimafrage stellen.
- 2 Klimapolitik und Landesplanung müssen transversale Politikfelder werden. Alle Ministerien und Verwaltungen sind gefordert. D.h. konkret, dass alle Politikbereiche insbes. auch Landwirtschafts-, Innen- und Wirtschaftsministerium ihre Ziele neuformulieren und ihre Politik an Nachhaltigkeit und CO<sub>2</sub>-Neutralität ausrichten müssen.
- 3 Die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den Kommunen und unter den Kommunen muss verbessert werden. Ein effizienter Weg, um die vielfältigen Blockaden aufzubrechen und Verantwortungen klarer aufzuteilen, wäre die Unvereinbarkeit von nationalen und kommunalen politischen Mandaten.
- 4 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den benachbarten Kommunen in Frankreich, Belgien und Deutschland in den Bereichen Verkehr, Wohnungsbau und kommunale Infrastrukturen muss ausgebaut werden und darf nicht nur den unmittelbaren Interessen Luxemburgs dienen.
- 5 BürgerInnen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft müssen weit stärker in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse rund um die Klimapolitik des Landes eingebunden werden, um insbesondere auch die Nachteile des Wahlsystems auszugleichen.



- 6 Beratende Organe wie der Nationale Nachhaltigkeitsrat (CSDD) oder die im Rahmen des PNEC geschaffenen Gremien müssen mit vernünftigen Ressourcen ausgestattet werden und auch mit Vertretern des sozialen Sektors besetzt sein. Der geplante *Klima-Biergerrot* muss verstetigt werden, einen klaren Auftrag erhalten und darf keine Alibi-Funktion erfüllen.

## Landesplanung und Stadtentwicklung

- 7 Die Fragmentierung der Landschaft muss unbedingt gestoppt werden. Dazu gehört auch ein sofortiges Moratorium für Umgehungsstraßen, die wenn überhaupt nahe an den Ortschaften und nicht in der freien Natur bzw. in Natura2000-Gebieten geplant werden dürfen.
- 8 Nicht jedes Dorf muss wachsen. Zurzeit ist Bevölkerungswachstum eine der wenigen Möglichkeiten für eine Kommune, ihre finanzielle Situation zu verbessern. Dörfer müssen in Zukunft auch Unterstützung erfahren, wenn sie weniger wachsen wollen und abseits der Entwicklungszonen (CDA) liegen.
- 9 Dagegen müssen die Entwicklungszentren innerhalb ihres Bauperimeters wachsen. Über wirksame Steuern muss die Verdichtung der Städte gefördert und Leerstand verhindert werden, damit sich öffentlicher Transport und andere wichtige Infrastrukturen lohnen.
- 10 Um Wohnen und Arbeiten näher zusammen zu bringen, müssen sich die Arbeitsplätze harmonisch auf die verschiedenen Entwicklungszentren Luxemburgs verteilen. Die Konzentration von immer weiteren Bürogebäuden in und um die Stadt Luxemburg muss gebremst werden.
- 11 Die Bauperimeter dürfen nicht mehr erweitert werden, solange die vorhandenen Bodenreserven in den PAGs nicht bebaut sind. Unbebaute Parzellen innerhalb der Perimeter müssen über eine Spekulationssteuer mobilisiert werden.
- 12 In der Stadt- und Stadtteilplanung muss Nutzungsdurchmischung wieder Priorität erhalten. Dorf und Stadtzentren müssen mit Dienstleistungen aufgewertet werden. Bei Verdichtungen gilt es, nicht automatisch in die Höhe zu bauen, sondern kontextabhängig auch andere, kleinteiligere Lösungen zu suchen, um sich mit differenzierten Bauformen, wie schmale Reihenhäuser, Hofhäuser, gestapelte Wohneinheiten den unterschiedlichen Bedürfnissen und lokalen Gegebenheiten anzupassen.
- 13 Alternatives Wohnen, wie z.B. Tinyhouses, Ecovillages, Fertighäuser oder Wohngemeinschaften, sollte gesetzlich erlaubt und gefördert werden und in den PAGs der Kommunen vorgesehen sein.
- 14 Die autogerechte Stadt muss zurückgebaut werden, der öffentliche Raum auch anderen Verkehrsteilnehmern und Anspruchsgruppen zugänglich gemacht werden.

Das Viertel Cloche d'Or ist ein Paradebeispiel dafür, wie fehlgeleitet die Komplettversiegelung von über 60 Hektar, die Abwesenheit einer lokalen Bewohnergemeinschaft gekoppelt mit der infrastrukturellen Förderung von Konsumverhalten ist. Die Umgestaltung solcher Viertel in natur- und menschnahe Wohngebiete, in denen der öffentliche Raum nicht nur den AutofahrerInnen gehört, muss schon heute angegangen werden.

## Ressourcenschonende Mobilität

- 15 Kommunen und Dörfer auf dem Land müssen über ein intelligentes Mobilitätsangebot (Mix von öffentlichem Transport, Carsharing, Flexibus, Fahrradwegen, ...) zu eigenständigen Funktionsräumen verbunden werden. Nur so kann die Erreichbarkeit und Verfügbarkeit von Einzelhandel, Gesundheits- und öffentlichen Diensten auf dem gesamten Territorium gewährleistet werden.
- 16 Der landesweite Rückstand beim Ausbau der Fahrrad- und Fußwege (nicht nur in den Ballungsgebieten, sondern auch zwischen Dörfern abseits der Ballungszentren) muss schnellstmöglich aufgeholt werden.
- 17 Der Kauf von neuen Pkw, die aufgrund ihrer Größe einen überhöhten Aufwand an Ressourcen benötigen oder durch ihren Antrieb einen unverhältnismäßig hohen Energieverbrauch verursachen, muss durch eine stark erhöhte Zulassungssteuer gebremst werden. Fahrzeuge dieser Kategorie dürfen nicht noch mit staatlichen Mitteln (Umweltprämien für Elektrofahrzeuge) gefördert werden. Daneben sollte der Kauf von kleineren Fahrzeugen mit einem reduzierten Energieverbrauch verstärkt unterstützt werden.
- 18 Um den Berufsverkehr zu reduzieren, müssen Homeoffice und die Nutzung von Coworking-Spaces von den Unternehmen und dem Gesetzgeber gefördert werden.

## Versiegelung und Schutz der Böden

- 19 Komplettversiegelungen, die nicht zwingend notwendig sind, sollten grundsätzlich verboten sein (Steinvorgärten, komplett geschlossene öffentliche Plätze, Parkplätze, ...). Schon bestehende, nicht zwingend notwendige Versiegelungen müssen zumindest auf staatlichen und kommunalen Flächen aufgebrochen werden (Renaturierung).



Alexander

*„Luxemburg hat das Potential eine europäische Vorreiterrolle in Sachen grenzüberschreitender Klimapolitik zu spielen, wenn wir ab sofort wohlbedacht und konsequent handeln.“*

- 20 Insbesondere dichtbebaute Stadtteile müssen begrünt und beschattet werden. Die Städte müssen so eingerichtet werden, dass sie Kühle und Feuchtigkeit in längeren Hitzeperioden speichern können.
- 21 Das Anlegen und der Unterhalt von Gemeinschaftsgärten oder Gartenkolonien müssen von Gemeinden und Staat systematisch gefördert werden.
- 22 Luxemburg braucht dringend – wie im Regierungsprogramm vorgesehen – ein umfassendes Bodenschutzgesetz, das sowohl Vorsorge, langfristigen Erhalt, Sanierungen, Rückbau von Gebäuden und Entsiegelung der Böden gewährleistet.

### Architektur

- 23 Die im Bau verwendeten Materialien müssen gesund, nachhaltig und wiederverwertbar sein, mehr CO<sub>2</sub> binden, als bei der Produktion entsteht und bestenfalls aus regionaler Produktion stammen.
- 24 Erhaltung und energetische Sanierung bestehender Gebäude sollten wegen der dort gebundenen grauen Energie in der Regel Priorität vor Abriss und Neubau haben.
- 25 Bei der Vergabe öffentlicher Bauvorhaben (Staat, Kommunen, Straßenbauverwaltung, CFL...) darf nicht nur der Preis zählen. Ressourcen- und Energieaufwand des verbauten Materials (insbes. Beton) müssen als Kriterien bei der Vergabe von Aufträgen stärker berücksichtigt werden.
- 26 Die wertvollen Dachflächen und Parkplätze müssen – wo immer möglich und sinnvoll – auch andere Funktionen aufnehmen (Begrünung, Dachgärten, Solarpaneele, Spielplätze usw.).
- 27 Gebäude sollten – wo immer möglich und sinnvoll – mit Regenwasserzisternen und mit einem zweiten Wasserkreislauf für Grauwasser (Toilettenspülung und Gartenbewässerung) ausgestattet sein.
- 28 Neubauten sollten den ästhetischen und baulichen Standards entsprechen, die sich in der Bautradition der europäischen Stadt- und Dorfarchitektur bewährt haben. Es ist an den Kommunen diese Standards bei Bauvorhaben einzufordern und durchzusetzen.

### Gewässerschutz, nachhaltige Landwirtschaft und Schutz der Biodiversität

- 29 Der Gewässerschutz im Allgemeinen und Trinkwasserschutz im Besonderen müssen absoluten Vorrang haben vor allen anderen materiellen Erwägungen.
- 30 Naturschutzgebiete und Natura2000-Gebiete müssen effektiv geschützt sein und ausgebaut werden. Alte Wälder, die große Mengen CO<sub>2</sub> speichern, dürfen nicht weiteren Umgehungsstraßen zum Opfer fallen. Das gut gemeinte, oftmals aber wirkungslose oder sogar kontraproduktive Instrument der Kompensationsmaßnahmen muss einer kritischen Prüfung unterzogen werden.



Marco

*„Ein unnötig hoher ökologischer Fußabdruck ist kein Ausdruck von persönlicher Freiheit, sondern von Verantwortungslosigkeit.“*

- 31 Eine die Biodiversität schützende, nachhaltige Landwirtschaft (u.a. Biolandwirtschaft, Permakultur, Agroförstwirtschaft usw.) muss endlich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert und mittelfristig auf einem Großteil der Flächen angewendet werden.
- 32 Die Unterstützungszahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) müssen maximal an die Anwendung von Naturschutzmaßnahmen gekoppelt werden. Die Landwirte müssen sensibilisiert und unterstützt werden, um aus der Produktivitätsfalle zu entkommen.
- 33 Die immer weiter voranschreitende Spezialisierung der luxemburgischen Landwirtschaft auf Fleisch- und Milchproduktion muss vor dem Hintergrund ihrer massiven CO<sub>2</sub>- und Methan-Emissionen gestoppt werden. Stattdessen muss eine nachhaltige Fleisch- und Milchproduktion abhängig von den zur Verfügung stehenden Weideflächen angestrebt werden. Daneben muss die landwirtschaftliche Produktion für den lokalen und regionalen Markt (Gemüse, Obst ...) nach den Prinzipien der nachhaltigen Landwirtschaft mit gezielten Maßnahmen gefördert werden.
- 34 Die Sensibilisierung für eine gesunde und ausgewogene Ernährung und das entsprechende Angebot (z.B. in öffentlichen Kantinen) muss ausgebaut werden.

### Wachstum und Wirtschaft

- 35 Die aktuelle ressourcenintensive Wachstumsorientierung der luxemburgischen Wirtschaft muss vor dem Hintergrund des Klimawandels gebremst werden. Die Frage der Rentenfinanzierung darf nicht auf ewig vorgeschoben werden, um ein nicht-zukunftsfähiges Wirtschaftsmodell zu verteidigen. Alternativszenarien müssen entwickelt und diskutiert werden.



Paul

*« Imaginons un monde où la raison l’emporte sur l’argent. »*

36 Regionale Wirtschaftskreisläufe sollten wo immer möglich bevorzugt werden. Vernetzte und agile Handwerks- und Kleinbetriebe, Startups und FreiberuflerInnen müssen als Pfeiler einer resilienten und lokalen Wirtschaft jede mögliche Unterstützung erfahren und sich in den Ortskernen ansiedeln dürfen.

37 Die gesamten Wirtschaftskreisläufe und die Produkte des privaten Konsums müssen im Hinblick auf Klimaschutz, Ressourcenoptimierung und Abfallvermeidung überprüft werden. Dazu bedarf es nicht nur geeigneter Gesetze, sondern auch einer wirkungsvollen Kommunikation, damit die betroffenen Unternehmen und Privatpersonen diese Anstrengungen mittragen.

38 Der Ausstieg aus dem Tanktourismus sollte bis spätestens 2030 realisiert sein. Dazu braucht es umgehend einen eindeutigen Beschluss, die entsprechenden Etappen und einen Plan, wie die budgetären Folgen abzufedern sind.

39 Die Reserven des nationalen Pensionsfonds und anderer öffentlicher Fonds müssen ohne weiteren Aufschub aus fossilen Investitionen abgezogen werden. Öffentliche und private Fonds müssen daran gemessen werden, in welchem Maße sie die Transition von fossilen zu erneuerbaren Energien finanzieren oder behindern.

40 Die gesamten nationalen Stromeinfuhren sollten so schnell wie möglich auf grünen Strom umgestellt werden.

### Information und Transparenz

41 Die Information der Bevölkerung über Ursachen und Folgen des Klimawandels muss massiv verbessert werden.

42 Auch die Informationen über die Klimapolitik, d.h. die einzelnen Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung, müssen besser, transparenter und verständlicher werden.



Liz

„De Biergerkomitee huet am Kader vun den Aarbechten fir d’Landesplanung fir 2050 probéiert der lëtzebuergescher Gesellschaft eng Stëmm ze ginn a soumat e Beitrag zu engem méi demokrateschen Prozess gelescht, deen menger Meenung no och an anere Beräicher ugewannt misst ginn, fir d’PolitikerInnen an d’BiergerInnen méi zesummen ze bréngen.“

Daneben ist ein konsequentes Monitoring notwendig, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu überprüfen und zeitnah mit Anpassungen reagieren zu können.

43 Die Anstrengungen gegen Nahrungsmittelverschwendung müssen verstärkt und systematisiert werden. Die Sensibilisierung für eine weniger fleisch- und milchreiche Ernährung muss ausgebaut werden. Die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Lebensmittel muss angezeigt sein.

44 Klimaschutz, Nachhaltigkeit und gesunde Ernährung müssen zu vorrangigen Bildungszielen der luxemburgischen Schule werden und in der schulischen Praxis geübt werden.

## WIE GEHT ES WEITER:

### AKTIVE EINBEZIEHUNG DER BÜRGERINNEN!

Das *Biergerkomitee Lëtzebuerg 2050* ist eine Initiative in einer Kette von gleichgelagerten Prozessen, deren Ziel es ist, in Luxemburg politische Entscheidungen in der Klimapolitik in Zukunft auf Augenhöhe mit den BürgerInnen vorzubereiten.

Im Jahr 2018 hatte die Abteilung für Raumentwicklung im Rahmen der Arbeiten zur Erstellung des neuen *Programme directeur d’aménagement du territoire* eine Bürgerbeteiligung mit Regionalateliers zu allgemeinen Fragen der Landesplanung veranstaltet (das Abschlussdokument findet sich auf dem Portail de l’aménagement du territoire: <https://amenagement-territoire.public.lu/fr.html>). Es folgte 2020 die Initiative *Luxembourg in Transition* mit dem hier vorgestellten *Biergerkomitee Lëtzebuerg 2050*.

Weitere Bürgerbeteiligungen sind im Rahmen der Vorbereitungen des neuen *Programme directeur d’aménagement du territoire* geplant.

2022 organisiert das Staatsministerium einen nationalen *Klima-Biergerrot*, der Vorschläge entwickeln soll, wie die Klimamaßnahmen Luxemburgs beschleunigt werden können. Ab Herbst 2022 folgen Klima-Versammlungen im ganzen Land, veranstaltet von CELL, dem Center for Ecological Learning. Die großen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die alle Länder im Zuge der Klimakrise angehen müssen, werden sich nur durch eine aktive und kontinuierliche Einbeziehung der BürgerInnen meistern lassen.